PARLAMENTSREPORT
Fraktion im Thüringer Landtag
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
www.die-linke-thl.de

Investitionshaushalt macht Thüringen sozialer und gerechter

Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow in der Plenardebatte zur Einbringung des Doppelhaushalts 2018/19

Im Rahmen einer ausführlichen und grundsätzlichen Debatte befasste sich der Thüringer Landtag am 31. August mit dem von Finanzministerin Heike Taubert eingebrachten Entwurf für den Landesdoppelhaushalt 2018/19. „Damit macht Rot-Rot-Grün Thüringen sozialer und gerechter - und zwar für alle Menschen", hatte die Vorsitzende der Fraktion Die LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, in ihrer Rede betont.

Die Landespolitikerin verwies auf den durch die Zahlen unterlegten „Dreiklang solider Haushalts- und Zukunftspolitik in Thüringen: Gestalten mit hohen Investitionen, Vorsorgen, keine neuen Schulden aufnehmen und von der CDU hinterlassene Altlasten abbauen."

Dabei werde der Haushalt „natürlich nach sozial gerechten Gesichtspunkten gestaltet", was allerdings der Thüringer CDU überhaupt nicht zu gefallen scheine. „Sie zieht mit Unwahrheiten durchs Land und sammelt Populistenpünktchen", sagte Susanne Hennig-Wellsow.

Die so genannten Sondervermögen - die Finanzministerin hatte in diesem Zusammenhang von einem, unter CDU-Verantwortung aufgebauten Schattenhaushalt gesprochen - hatte die LINKE-Politikerin als Sonderschuldenvermögen und millionenschwere Altlasten der CDU-geführten Regierungen bezeichnet. Rot-Rot-Grün setze einen Teil der Überschüsse im Landeshaushalt dafür ein, die in CDU-Zeiten angehäuften Schulden von 60 Milliarden Euro zu tilgen.

„Das Image des Schuldensaubermanns stimmt nicht", so die Abgeordnete zu Mike Mohring, dem CDU-Fraktionsvorsitzenden.

„Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse"

Die Koalition habe sich natürlich an die bestehenden Gesetze zu halten, wenngleich „die Schuldenbremse eine Investitionsbremse" sei. Und: „Wir nehmen nicht nur nicht neue Kredite auf, wir tilgen sogar CDU-Altschulden."

„Zu nachhaltiger Politik gehören Investitionen ohne Wenn und Aber", erklärte die Fraktionschefin. Dabei werden „mit diesem Investitionshaushalt" die Schwerpunkte für die kommenden zwei Jahre in den Bereichen Kindergärten und Schulen, Infrastruktur und Kommunen, öffentliche Sicherheit, Arbeit und Kultur, Pflege und Gesundheitsversorgung gesetzt.

Unbestritten sei es notwendig, dass der Bund und die Länder die „Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und in die öffentliche Daseinsvorsorge stärken müssen".

Dafür brauche es eine andere Steuer- und Finanzpolitik. Die Landespolitikerin wörtlich: „Um das zu finanzieren, wollen wir als LINKE Millionäre besteuern, also eine Vermögenssteuer von fünf Prozent auf alle Vermögen oberhalb von einer Million Euro. Wir wollen die Reichensteuer erweitern, also 60 Prozent ab rund 260.000 Euro und 75 Prozent auf Einkommen oberhalb von einer Million Euro. Dagegen wollen wir die Steuern für Menschen mit durchschnittlichem und niedrigem Einkommen senken, also den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro erhöhen und alle, die weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdienen, entlasten.

„Ein auf Krawall gebürsteter CDU-Fraktionsvorsitzender"

Unter Bezug auf Mike Mohring, der vor ihr gesprochen hatte, machte die LINKE-Politikerin deutlich: Die CDU-Opposition habe erneut nicht erkennen lassen, dass sie ihre Blockadepolitik beenden und konstruktive Vorschläge für die Gestaltung des Landes unterbreiten wolle. „Ein auf Krawall gebürsteter Fraktionsvorsitzender" habe sich darin gefallen, mit allerlei Halb- und Unwahrheiten Stimmung zu machen. „Wir aber gehen jetzt konzentriert in die parlamentarischen Haushaltsberatungen und Anhörungsverfahren mit den Organisationen und Verbänden. Landesregierung und Koalitionsfraktionen haben ihr Versprechen gehalten und frühzeitig einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der sozial gerecht ist sowie solide und mit Augenmaß aufgestellt wurde." ■

Die Ausgaben für Bildung, Jugend und Sport steigen deutlich

Die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow hatte in ihrer Haushaltsrede auf einzelne Schwerpunkte der Ministerien verwiesen, in denen die LINKE verantwortlich zeichnet:

Die für Bildung, Jugend und Sport veranschlagten Ausgaben steigen im Haushaltsjahr 2018 um 55,6 Millionen Euro und damit deutlich gegenüber denen des Jahres 2017. Beispielhaft seien die Reisekosten für die Klassenfahrten genannt. „780.000 Euro jetzt, dann jedes Jahr 409.000 Euro mehr pro Jahr. Damit reagieren wir auch auf Probleme, die es in der Vergangenheit gab."

Massiv aufgestockt wird bei den Stellen für Horterzieherinnen. „Nach Auslaufen des 'Modellversuchs Grundschulhorte' geht es von 1.333 Stellen auf 2.156 Stellen - das ist eine Steigerung um 823 Stellen."

„Wir holen mehr Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen": In diesem Jahr 615, im Jahr 2018 sind es 775 und im jahr 2019 dann 1.108. „Insgesamt sind die Personalausgaben der größte Ausgabenblock des Einzelplans 04 - und das ist gut so, denn es sind Ausgaben für diejenigen, die unsere Kinder und Jugendlichen erziehen und ausbilden."

Für das beitragsfreie Kita-Jahr sind für 2018 und 2019 je 29 Millionen Euro eingestellt. „Gute und kostenfreie Bildung für alle Kinder, das ist unser Ziel - das beitragsfreie Kita-Jahr ist ein wichtiger Schritt dahin. Darüber hinaus setzen wir zur Verbesserung der Qualität der Kitas pro Jahr weitere drei Millionen Euro ein."

Erhöht wird auch die Jugendpauschale, und zwar um drei Millionen Euro auf je 15 Millionen Euro. „Damit setzen wir ein weiteres Versprechen der rot-rot-grünen Koalition um." Ebenso gibt es mehr Geld für das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit"/Gewaltprävention. Die Ausgaben dafür steigen um eine halbe Million Euro auf 5,28 Millionen im jahr 2018.

Für den Bereich des Sozialen, wo ebenfalls die LINKE die Verantwortung trägt, ist hervorzuheben, dass jetzt ein Sinnesbehindertengeld eingeführt wurde. Gefördert wird der Ausbau der Thüringer Kitas zu Eltern-Kind-Zentren und ab dem nächsten Jahr ein Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen". Angebote zur Entlastung pflegender Angehöriger von Pflegebedürftigen werden auf- und ausgebaut.

7,5 Millionen Euro werden jährlich für Maßnahmen der öffentlich geförderten und gemeinwohlorientierten Beschäftigung eingesetzt und damit langzeitarbeitslose Menschen bei der Integration ins Erwerbsleben unterstützt. Finanziert werden eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Integration sowie gesundheitlichen Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen.

Der LINKE-geführte Bereich Infrastruktur und Landwirtschaft konzentriert sich auf drei Aspekte: „Wir investieren massiv in die Infrastruktur für Schulen, für Kultur sowie für den Breiten- und Spitzensport." Allein das Schulbauprogramm erhält mehr als 150 Millionen Euro zusätzlich.

■

Kurz und Prägnant

Entschädigungsfonds für NSU-Opfer

Thüringen plant einen Fonds, um NSU-Opfer und Hinterbliebene zu entschädigen. Eine entsprechende Klage vor dem Landgericht Erfurt wurde deshalb zunächst ausgesetzt. Die Koalitionsfraktionen teilten mit, man setze sich „für die Schaffung und entsprechende finanzielle Ausstattung eines Entschädigungsfonds ein, welcher explizit für die Opferangehörigen, aber auch für die Betroffenen der Sprengstoffanschläge und Sparkassenüberfälle gedacht ist“. Auch aufgrund des Abschlussberichtes des 1. NSU-Untersuchungsausschusses in Thüringen erhoben Angehörige Klage gegen den Freistaat. Darin wurde festgestellt, dass durch die Vielzahl falscher oder nicht getroffener Entscheidungen der „Verdacht gezielter Sabotage und des bewussten Hintertreibens eines Auffindens der Flüchtigen“ zugelassen wurde. U.a. daraus leiten die Kläger die Verantwortlichkeit Thüringens ab. „Aus der politischen Verantwortungsübernahme, welche mit dem Abschlussbericht der vergangenen Legislatur erfolgte, müssrn auch Konsequenzen gezogen werden, die für die Angehörigen spürbar werden“, so die Koalition. ■

Besoldungserhöhung für Beamte beschlossen

Der Landtag hat am 31. August das Gesetz über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in den Jahren 2017 und 2018 beschlossen. Damit ist der Weg frei für eine zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst auf die Thüringer Beamten. MdL Rainer Kräuter (LINKE): „Wir wollen den öffentlichen Dienst wieder als attraktiven Arbeitgeber etablieren.“

Der Gewerkschaftspolitiker wies darauf hin, dass die CDU in ihrem Änderungsantrag zum Besoldungsgesetz zugegeben habe, den Thüringer Beamtinnen und Beamten in den vergangenen Jahren zur Haushaltskonsolidierung viel abverlangt zu haben. In der Debatte um die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses im Öffentlichen Dienst auf die Beamten hatte Rainer Kräuter die Schwierigkeit, beide Systeme – Angestellte und Beamte – zu vergleichen und gleich zu behandeln., angesprochen. Deshalb schlägt er eine gemeinsame Gesprächsrunde von Finanzministerin, den Spitzenverbänden und den Fachpolitikern des Thüringer Landtages vor, mit dem Ziel, die strukturelle Übertragung der Elemente des Tarifergebnisses noch effektiver in den Griff zu bekommen. ■

Wie die AfD bewusst Fake News verbreitet

Steffen Harzer in der Landtagsdebatte: So wird die öffentliche Meinung aufgehetzt

Die AfD-Fraktion hatte dem Landtag ein Gesetz vorgelegt, mit dem sie das verfassungsrechtliche Zensurverbot zum Schutz der Medien- und Meinungsfreiheit „konkretisieren“ wollte. Ein Vorstoß, der von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde. Der AfD gehe es „um nichts anderes, als rassistische Hetze zu legitimieren“, hatte Katharina König-Preuß (LINKE) betont.

Die Abgeordnete nannte Beispiele, wie die AfD zugleich ihr missliebige Positionen unterdrücken wolle. Und während sie im Titel des Gesetzes nicht einmal davor zurückschrecke, von Medienfreiheit zu sprechen, könnten auf AfD-Demonstrationen unwidersprochen „Lügenpresse“ skandiert und Journalisten attackiert werden.

Einen prägnanten Fall, wie die AfD „bewusst Fake News verbreitet“ und „die öffentliche Stimmung und Meinung aufhetzt“ schilderte in der Debatte der LINKE-Politiker Steffen Harzer. Er bezog sich auf Äußerungen der AfD, die die Presse bezichtigt hatte, über angebliche Vorkommnisse, die zum Abbruch eines Stadtfestes in Chemnitz geführt hätten, nicht berichtet zu haben: „Da empfehle ich einen Artikel vom 29.8. in der Freien Presse Chemnitz. Vor der MDR JUMP-Bühne war es zu Rangeleien gekommen, woraufhin von MDR JUMP nach Rücksprache mit den Ordnern entschieden wurde, die Musik eine halbe Stunde früher abzustellen. Daraus wurde dann in vielen Medien ein Abbruch des Stadtfestes. Das geht im Wesentlichen auf einen einzigen Beitrag bei Facebook zurück.“

„Sie wollen einen Zustand wie 1933, der die Welt in die Katastrophe stürzte“

Dazu heißt es in dem Zeitungsartikel: „Lars Franke, Vorstandsmitglied der Chemnitzer AfD und einer der einflussreichsten Netzwerker in der hiesigen Asylgegnerszene, hatte den Beitrag noch in der Nacht als Eilmeldung in Umlauf gebracht. ‘Es brennt an allen Ecken des Festes’, schrieb er. Allein vor der Bühne an der Brückenstraße würden sich ‘300 bis 400 angetrunkene Araber’ tummeln, Frauen ‘dutzendfach’ belästigt. Als ‘Beleg’ fügte Franke mehrere Fotos und Videos bei. Sie zeigen allerdings nur tanzende und unbeschwert herumstehende junge Leute, unter ihnen viele Migranten. Und einen Sicherheitsdienst, der das Geschehen aufmerksam, aber augenscheinlich entspannt, verfolgt.“

Steffen Harzer weiter: „So viel zum Abbruch des Stadtfestes. Die Medienabteilung der Polizei hat dann nach diesen drei Tagen Stadtfest festgestellt: 27 Straftaten, zwei mehr als im vergangenen Jahr, bei deutlich gestiegener Besucherzahl. Gut die Hälfte waren Körperverletzungen, zumeist unter Alkoholeinfluss. 16 Personen kamen zu Schaden. Es gab sieben Diebstähle, zwei Bedrohungen, je einen Fall von Sachbeschädigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie Drogenbesitz. Das war die Bilanz des Stadtfestes. Von Abbruch, von hundertfachen Vergewaltigungen, ‘Kölner Zuständen’, wie Pegida, wie Reichsbürger, wie AfD sagten, kann nicht die Rede sein.“

Der LINKE-Abgeordnete zitierte Björn Höcke (Deutschlandradio v. 29.5.2015): „Wir brauchen keine Begriffstabuisierung, keine Antidiskriminierungsgesetze und keine politische Strafjustiz. Hinfort damit - und zwar schnell.“

In einer internen Mail habe Höcke dann geschrieben, was er damit meine: Die Abschaffung der Paragrafen 86 und 130 des Strafgesetzbuches. Danach sind das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung verboten, insbesondere die Auschwitzlüge und die Verherrlichung des Naziregimes. Steffen Harzer wörtlich: „Sie wollen einen Zustand wie 1933, der Europa und die Welt in die Katastrophe stürzte.“ ■

„Unterstützen Sie persönlich Bündnisse und aktive BürgerInnen“

Mit einem Offenen Brief haben sich die Mitglieder des Bündnisses für Demokratie und Weltoffenheit Kloster Veßra an die Landtagsabgeordneten, an die Landräte und Oberbürgermeister in Thüringen sowie an die Thüringer Staatskanzlei gewandt.

Thomas Jakob übergab den Vertretern der demokratischen Fraktionen des Thüringer Landtags am Rande des Plenums am 30. August den offenen Brief der Mitglieder des Bündnisses für Demokratie und Weltoffenheit Kloster Veßra.
Foto: Peter Lahn

Unter Bezug auf die RechtsRockkonzerte im Juli in Themar mit insgesamt 7000 Teilnehmern aus allen Bereichen der rechtsextremen Szene heißt es darin: „Gemeinsam mit engagierten BürgerInnen der Stadt Themar, den Kirchen und vielen weiteren UnterstützerInnen konnten wir mit unserem kreativen und bunten Widerstand ein deutliches und friedliches Zeichen gegen derartige Umtriebe in Südthüringen setzen. Die Erfahrungen, die wir in diesem Zusammenhang machten, sind teils positiv, jedoch auch ernüchternd.“

Um dem Ausbau rechtsextremistischer Umtriebe entgegenzuwirken, fordert das Bündnis u.a. eine bessere und eindeutige gesetzliche Abgrenzung zwischen kommerziellen Veranstaltungen und politischen Versammlungen. Es sollten alle rechtlichen Mittel ausgeschöft werden, um solche Veranstaltungen zu unterbinden oder zu erschweren. Wörtlich heißt es: „Die für uns wichtigste Forderung aber ist, dass Sie als PolitikerInnen und Verantwortungsträger klar Position beziehen und eindeutig rechtsextremistische Umtriebe ablehnen. Dies geht für uns über reine Lippenbekenntnisse hinaus. Seien Sie präsent in den Regionen, unterstützen Sie persönlich Bündnisse und aktive BürgerInnen.

Stellen Sie sich den unangenehmen Fragen, Ängsten und Vorwürfen der Bevölkerung. Sie sind Teil der Demokratie und in der Pflicht, diese zu verteidigen. Wir als engagierte Zivilgesellschaft unterstützen Sie hierbei gern, wenn Ihre Motivation aufrichtig, ernsthaft und nicht durch parteipolitische Machtansprüche geprägt ist.

Ziehen Sie sich nicht weiter aus dem ländlichen Raum zurück. Bieten Sie politische Diskussion und Bildung, um Demokratie lebendig werden zu lassen.“ ■

Ausstellung über das Kulturwunder der DDR

Margit Jung: Ende der 80er Jahre weltweit einmalige Dichte an Kulturhäusern

Landtagsvizepräsidentin Margit Jung (LINKE) hat am 23. August die Ausstellung „Das Kulturwunder im Osten Deutschlands“ im Zwischengang des Funktionsgebäudes im Landtag eröffnet. Die Ausstellung beleuchtet die auffallende Dichte an Kulturhäusern in der ehemaligen DDR.

Mit der Ausstellung über die Kulturhäuser in der DDR, die noch bis zum 17. September zu sehen ist, begleitet der Thüringer Landtag den Tag des offenen Denkmals am 10. September. Bereits in den Tagen zuvor können sich die Besucher ein Bild vom Phänomen „Kulturhäuser“ machen, das Ende der 80er Jahre mit 1.200 Klub- und Kulturhäusern für ein nahezu flächendeckendes kulturelles Angebot in der DDR sorgte.

Margit Jung betonte „die weltweit einmalige Dichte an Kulturhäusern in der DDR“. Zwar sei Verklärung fehl am Platz. „Aber wenn man die Geschichte der Kultur in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR betrachtet, kommt man um eines nicht herum, die kulturelle Entwicklung der Nachkriegszeit war ein beispielhaftes Erfolgsprojekt.“

Der LINKE-Politikerin war es auch deshalb eine besondere Freude, diese Wanderausstellung eröffnen zu können, weil sie als Diplom-Kulturwissenschaftlerin fast 20 Jahre ihres Lebens als Jugendklubleiterin und Kulturhausleiterin - sie begann bereits mit 19 Jahren in Werdau -, sowie als Abteilungsleiterin beim Rat des Bezirkes Gera und als jüngstes Kreistagsmitglied für den Kulturbund der DDR diesen Abschnitt der Entwicklung mitgestaltet hat. „Bereits 1945 haben sowjetische Funktionäre verstanden, mit dem Brot, auch die Kultur zu verteilen, mitten in der auch kulturellen Wüste, die der Nationalsozialismus hinterlassen hatte“, sagte Margit Jung. Kulturhäuser seien wie Pilze aus dem Boden geschossen, über 1.000 entstanden bereits in den ersten zehn Jahren nach dem Krieg. „Hier entwickelte sich die Volkskunst mit Chören, Tanzgruppen, Fotozirkeln, mit Film und Kultur. Die Häuser waren meistens bei fast freien Eintritt ausverkauft.“

Auch auf den Bitterfelder Weg kam die Politikerin zu sprechen. Damit sollten 1959 die Symbiose aus Arbeiterklasse und Hochkultur zementiert und die Trennung von Kunst und Leben, die Entfremdung von Künstlern und Volk überwunden werden. „Eine Idee übrigens“, so Margit Jung weiter, „die einige Jahre später, 1979, auch im Westen, etwa vom Frankfurter Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann unter dem Slogan ‘Kultur für alle’, formuliert wurde“.

Die Ausstellung spannt den Bogen über die gesamte Republik, fünf Kulturhäuser aus fünf Bundesländern, stellvertretend für über 1.000. Darunter der Kulturpalast Maxhütte Unterwellenborn in Thüringen. „Die meisten sind heute Ruinen, Schandflecke statt Leuchttürme, die nur der Denkmalschutz vor dem Verfall bewahrt – und über die mache Träne der Kulturschaffenden von damals fließt“, sagte Margit Jung und hatte damit sicherlich die Gefühle manches Gastes getroffen, der sich damals kulturpolitisch engagierte. Die LINKE-Abgeordnete verwies auf einen „Nachwendefehler im Einigungsvertrag“, wo die Übernahme der Kulturstätten, die zumeist den volkseigenen Betrieben gehörten, nicht geregelt war. „Die klammen Gemeinden konnten sich den Kulturbetrieb einfach nicht leisten.“

2013 hat sich übrigens der Verein „Kulturpalast Unterwellenborn“ gegründet. Dank verschiedener Enthusiasten kann der Palast wieder vielfältig genutzt werden.

Die Ausstellung entstand bereits im Jahr 2014 und wurde eröffnet im US-amerikanischen Atlanta in Kooperation mit dem Goethe-Institut. Kuratoren waren Pierre Wilhelm, Peter Goedel und Helga Storck. Pierre Wilhelm, dessen Kulturhaus in Plessa in der Niederlausitz einem Supermarkt Platz machen sollte und das mit prominenter Unterstützung gerettet werden konnte, war zur Ausstellungseröffnung in den Thüringer Landtag gekommen und hatte einen Vortrag über seine Studie und seine Erfahrungen bei der Projektentwicklung des Kulturhauses Plessa gehalten.

Am Donnerstag, den 14. September, findet um 17.00 Uhr im Landtag eine Finissage statt mit dem Dokumentarfilm „An der Saale hellem Strande - Ein Kulturhaus erzählt“. Kurator Peter Goedel steht im Anschluss für ein Filmgespräch zur Verfügung. Er hat in seiner Kindheit und Jugend das Klubhaus „Freundschaft“ der BUNA-Werke aktiv miterlebt. *Annette Rudolph* ■

Von A bis Z:

Gleichstellungsgesetz

Mit einem umfangreichen Alternativantrag zum CDU-Antrag zur Novellierung des Landesbehindertengesetzes geht es den Koaltionsfraktionen „um zahlreiche Maßnahmen, die die Situation der Menschen mit Behinderungen im Sinne einer möglichst umfassenden selbstbestimmten Lebensführung weiter verbessern“, so die behindertenpolitischen Sprecherinnen Karola Stange (LINKE), Birgit Pelke (SPD) und Babett Pfefferlein (GRÜNE). Die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) schaffe keine Sonderrechte, sondern konkretisiere und spezifiziere die universellen Menschenrechte aus der Perspektive der Menschen mit Behinderungen vor dem Hintergrund ihrer Lebenslagen. Dazu soll das Thüringer Behindertengleichstellungsgesetz novelliert werden.

„Es bedarf einer Kommunikationsstrategie zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, die sich an die Menschen, Unternehmen, Träger der Eingliederungshilfe, Leistungsanbieter und Verbände richtet. Uns ist wichtig, dass die Kommunen unterstützt werden, so dass anspruchsberechtigte Menschen ab Anfang 2018 ein Budget für Arbeit nutzen können und entsprechend informiert werden. Auch soll mittels des Alternativantrages über die Fortschreibung des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-BRK berichtet werden und dieser nach dem Kabinettsbeschluss der Landesregierung im Jahr 2018 dem Landtag zur Beschlussbefassung zugeleitet werden.“ ■

BAföG

2015 und 2016 ist die Zahl der BAföG-Empfangenden in Thüringen deutlich gesunken. „Dies belegt nicht den plötzlichen Reichtum der Studierenden, sondern verweist auf die weiterhin deutlich zu geringen Freibeträge“, so MdL Christian Schaft. Daher hatte die LINKE die Problematik in ihrer Aktuellen Stunde am 30. August im Landtag thematisiert. Gerade steigende Mieten in Hochschulstädten machen den Studierenden zu schaffen. „In der Folge müssen immer mehr neben dem Studium einen oder mehrere Jobs ausüben. „Deshalb braucht es endlich ein elternunabhängiges und rückzahlungsfreies BAföG, welches automatisch an steigende Lebenshaltungskosten angepasst wird“, so Christian Schaft. ■

Transparenz

Zum jetzt vorgestellten „Kodex über die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung“ erklärte Knut Korschewsky, verantwortlicher LINKE-Abgeordneter für Fragen von Anti-Korruption: „Mit dem Kodex gibt die Landesregierung ein klares Bekenntnis zur Transparenz ab. Ich begrüße insbesondere den Vorstoß, künftig möglichst viele Vergütungen bei Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand offenzulegen. Nur so kann bürgerschaftliche Kontrolle in diese bisher geheime Sphäre Einzug halten.“ Gut sei auch die Reglementierung auf maximal fünf Aufsichtsmandate, wodurch die oft ausufernde ‘Nebenjob-Mentalität’ eingegrenzt wird. ■

Rasseliste

Alle angehörten Sachverständigen, so die Linksfraktion nach der öffentlichen Anhörung zum Tiergefahrengesetz, befürworten Regelungen, die Gefahren im Umgang mit Tieren vorbeugen. „Dazu gehört jedoch für die übergroße Mehrheit nicht die so genannte Rasseliste, die Hunden einer bestimmten Rasse per se Gefährlichkeit unterstellt“, so Sabine Berninger, stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss. Sachkunde und Hundeführerschein sind die beste Gewähr. Die Einordnung aufgrund der Rassezugehörigkeit zu gefährlichen Hunde berge für alle anderen Hunde die Gefahr der Verharmlosung als per se ungefährlich und forciere auch distanzloses Verhalten gegenüber „Familienhunden“. ■

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:
Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt (jeweils Mittwoch bis Freitag) in der Zeit vom 27. bis 29. September und vom 1. bis 3. November sowie von Dienstag, den 12., bis Freitag, den 15. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de ■

Kurz und Prägnant

Dank für die Arbeit der Feuerwehren

Mit Blick auf den Brand- und Katastrophenschutzbericht 2016, der kürzlich vorgestellt worden war, hat MdL Steffen Dittes (LINKE) das ehrenamtliche Engagement der tausenden Feuerwehrangehörigen in Thüringen gewürdigt und für die geleisteten Einsätze gedankt. „Gerade auch angesichts der sinkenden Zahl von Feuerwehrleuten werden wir die begonnenen Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamtes in der Feuerwehr weiter ausbauen. Die Attraktivität der Ausbildung in der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschulung ist auch davon abhängig, ob das hohe Niveau durch die dafür notwendige sachliche und personelle Ausstattung gesichert bleibt“, so der LINKE-Innenexperte. Zur Zukunftssicherheit gehöre ebenso, „die Strukturen der für den örtlichen Brandschutz verantwortlichen Gemeinden so zu entwickeln, dass sich flächendeckend in Thüringen jeder Mensch darauf verlassen kann, im Falle eines Brandes Hilfe durch die Feuerwehr zu erhalten“. ■

Moratorium zu Kleinkläranlagen

Die Landesregierung arbeitet an einer Neufassung des Thüringer Wassergesetzes. Damit soll im ländlichen Raum das Solidarprinzip in der Abwasserentsorgung wieder eingeführt und die von der CDU 2009 geschaffene Regelung, Bürger zum Bau von Kleinkläranlagen zu verpflichten, beendet werden. Da für die sehr komplizierte Änderung des gesamten Wasserrechts noch Abstimmungsbedarf besteht, auf der anderen Seite jedoch immer mehr Bürger einen Bescheid zur Errichtung einer privaten Kläranlage erhalten, wollte die Koalition für ein Aussetzen der vorliegenden Bescheide sorgen.

„Die CDU-Fraktion verhinderte dies, indem sie die Aufnahme eines entsprechenden Beschlusses auf die Tagesordnung des Landtages am 30. August verweigerte. Wie in der Debatte deutlich wurde, zielt diese Verweigerung der CDU direkt auf die bevorstehende Bundestagswahl ab, um von ihren eigenen Versäumnissen abzulenken. Das ist allerdings ein schäbiges Manöver, das zulasten der Betroffenen geht. Schließlich handelt es sich um CDU-Gesetzgebung, die wir ändern wollen. Seit 2009 hätte die CDU Zeit gehabt, das Wassergesetz wieder zum Wohl der Menschen im ländlichen Raum zu ändern“, erklärten Tilo Kummer (LINKE), Dagmar Becker (SPD) und Roberto Kobelt (GRÜNE).

. ■

Für einen intensiven, ergebnisoffenen Dialog

Neuer Innenminister Georg Maier/Staatssekretär wird Landtags-Vize Uwe Höhn (SPD)

Recht zügig wurden in der Thüringer Landesregierung weitere Personalveränderungen vollzogen. Nach der Bekanntgabe der Entlassung von Innnenminister Holger Poppenhäger (SPD) am 30. August stellte der SPD-Landesvorsitzende Andreas Bausewein am gleichen Tag seinen Vorschlag für die Neubesetzung vor: Der bisherige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Georg Maier. Dieser wurde kurz darauf, zu Beginn der Landtagssitzung, vereidigt.

„Die Entscheidung von Holger Poppenhäger, aus dem Amt zu scheiden, nehmen wir mit Respekt zur Kenntnis. Ich möchte Holger Poppenhäger für seine Arbeit als Innenminister danken. Er hat in einem komplexen Zuständigkeitsbereich, wie dem Innenministerium, wichtige thematische Impulse in den Bereichen Kommunales, Polizei und Feuerwehr etc. gegeben“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zum Minister-Wechsel im Innenministerium.

Nach der Vereidigung von Georg Maier als neuer Thüringer Minister für Inneres und Kommunales durch den Landtagspräsidenten ist Ministerpräsident Bodo Famelow der erste Gratulant. *Foto: Peter Lahn*

Holger Poppenhäger habe sich als streitbarer Partner erwiesen, der auch in schwierigen Zeiten seine inhaltlichen Positionen nicht in den Wind gehangen habe.

„Der Amtsnachfolger Georg Maier hat sich in seiner bisherigen Tätigkeit im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft bewährt und wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung Thüringens geleistet. Es ist sicher davon auszugehen, dass er das Amt des Innenministers, das gegenwärtig mit sehr komplexen inhaltlichen und politischen Herausforderungen aufwartet, mit der dafür notwendigen konzeptionellen Stärke, dem entsprechenden politischen Weitblick und der dafür notwendigen Durchsetzungsstärke wahrnehmen wird. Wir wünschen ihm bei der Erfüllung seiner Aufgaben eine glückliche Hand. DIE LINKE wird ihm dabei unterstützend zur Seite stehen“, so Susanne Hennig-Wellsow.

Das Gleiche betrifft den Personalvorschlag für die neue geschaffenene Stelle eines Staatssekretärs zur Umsetzung der Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform in Thüringen: Uwe Höhn, bis dato Landtagsvizepräsident.

In der vergangenen Legislatur war er Fraktionsvorsitzender der SPD sowie zum Ende der Koalition mit der CDU auch bereits Wirtschaftsminister. Er gilt als erfahrener Kommunalpolitiker. Maier und Höhn wollen „in einen intensiven und ergebnisoffenen Dialog mit der kommunalen Verantwortungsebene und den Bürgerinnen und Bürgern eintreten“. ■

Sich zuspitzende, immer hemmungslosere Stimmungsmache

Mehrere Vorkommnisse politischer Gewalt besonders in diesen Wochen in Thüringen waren Anlass, dass sich der Landtag in seiner August-Sitzung mit dem Thema beschäftigte.

Zuletzt war die Vizepräsidentin des Landtags Margit Jung (LINKE) Opfer eines Übergriffs in ihrem Wahlkreisbüro in Gera geworden. Der Täter hatte Informationsmaterial der Linkspartei über die AfD dabei.

Dazu erklärte die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow: „Ich bin entsetzt über die gewalttätige Attacke von einem offenkundigen AfD-Sympathisanten. Dies macht deutlich, dass die aggressive Rhetorik der AfD, ihre unverhohlene Hetze und das Schüren von Hass zu Übergriffen führen, für die sich die AfD in Verantwortung nehmen lassen muss. Der Rechtsruck hat konkrete Folgen.“

Die LINKE-Politikerin warnte vor der sich offenbar zuspitzenden, immer hemmungsloseren Stimmungsmache im Wahlkampf. „Wenn in diesem Zuge Menschen attackiert werden, ist das eine Bedrohung für unsere offene, pluralistische Gesellschaft. Das geht uns alle an. Die politische Auseinandersetzung darf nie in Hass und Gewalt münden!“ DIE LINKE werde sich von solchen Attacken nicht einschüchtern lassen und weiter offen gegen rechtspopulistische, rassistische und menschenverachtende Positionen eintreten.

Mit Hinweis auch auf die Tatsache, dass im letzten Jahr 43 Angriffe auf Abgeordnetenbüros verübt wurden, also fast wöchentlich einer, hatte Landtagspräsident Christian Carius (CDU) u.a. gesagt: „Die Verrohung der Sitten im politischen Meinungsstreit hat eine neue Dimension erreicht. So kann und darf es nicht weitergehen, genug ist genug. Ich sage es nochmal: Volksvertreter sind keine Fußabtreter.“

Carius forderte, dass deutschlandweit die Aufklärungsquote bei politisch motivierten Angriffen steigen müsse und erklärte: „Die Landesregierung kann und muss die Strafverfolgungsbehörden in Thüringen entsprechend ausstatten, damit solche Straftaten wirkungsvoll verfolgt werden können. Wegschauen geht jedenfalls nicht. Wir reden nicht von Kavaliersdelikten.“

Auf die Frage, ob der Landtag als Gesetzgeber tätig werden könne, sagte der Präsident: „Ich kann mir vorstellen, den Straftatbestand des ‘Tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte’ auf Abgeordnete und ihre Büros auszuweiten. Dafür müsste das Strafrecht auf Bundesebene geändert werden. Diese zusätzliche Strafandrohung würde unterstreichen, dass ein Angriff auf einen Abgeordneten auch ein Angriff auf unsere Demokratie ist. Allerdings stellt das nur eine Maßnahme von vielen dar. Zu allererst sollten wir unsere Verantwortung als Volksvertreter sehr ernst nehmen.“

Christian Carius kündigte an, er werde als Vorsitzender der Landtagspräsidentenkonferenz die Angelegenheit dort thematisieren und sich mit den Präsidentinnen und Präsidenten der anderen Landtage und des Bundestages weiter beraten. „Wir dürfen Konflikte zuspitzen, aber die Polarisierung unserer Gesellschaft dürfen wir nicht weiter anheizen“, sagte er. ■

Das Thema

Dies ist ein von der CDU verursachtes Problem

MdL Torsten Wolf geht der Frage nach: Wo sind all die vielen Lehrer hin?

In Anlehnung eines Liedes von PUR könnte man fragen: Wo sind all die vielen Lehrer hin? Dies ist nicht so einfach zu beantworten, hat eine lange Historie und keine einfachen Lösungen. Begonnen hat das Problem mit einem Urteil gegen die Teilzeitverbeamtung von Lehrern im Jahr 2008, welches den Thüringer Schulen auf einen Schlag mehr als 1.100 Lehrer zusätzlich erbracht hat, für Fachleute ca. 25.000 Lehrerwochenstunden.

Damit konnten die Schulen großzügig Projekte durchführen, kleine Klassen und Schulen konnten mit ausreichend Lehrern versorgt werden und damit notwendige Schulstrukturreformen herausgeschoben werden. Und de facto wurde über Jahre kaum ein Lehrer neu eingestellt, was den Altersdurchschnitt der Lehrer zu einem deutschlandweit höchsten Stand trieb.

Dies war ein von der CDU verursachtes Problem, da sie u.a. nicht auf die GEW gehört hat, die bei der Einführung der Verbeamtung von Lehrern schon darauf hingewiesen hatte, dass Beamte nicht in Teilzeit gezwungen werden können, wie alle anderen Beschäftigten übrigens auch.

Nun sind fast zehn Jahre ins Land gegangen, Strukturveränderungen hat es nicht gegeben, unter der letzten Regierung wurden deutlich weniger Lehrer eingestellt, als in den Ruhestand gegangen sind, es kamen immer neue Aufgaben an die Schulen, wie Inklusion und individuelle Förderungen, ohne dass es mehr Personal dafür gegeben hätte, so dass die heute im Dienst befindlichen Lehrer nicht nur mit durchschnittlich 53 Jahren die ältesten in Deutschland sind, sondern immer mehr Lehrer auf Grund ihres Alters und ihrer Belastung krankheitsbedingt nicht mehr vor der Klasse stehen. So waren an den allgemeinbildenden Schulen zum Schuljahresanfang 2016/17 insgesamt 568 Lehrer langzeitkrank, zum Ende des Schuljahres schon 804.

Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass wir über die letzten zehn Jahre deutliche Mängel in der Lehrerbildung haben. So sind das Regelschullehramt, die Lehrämter für Berufsbildner und für Sonderpädagogen offensichtlich für viele junge Menschen unattraktiv bzw., da sie ja vorher diese Schularten nicht kennengelernt haben, nicht von Interesse. Auch studieren viel zu wenige in den Bereichen Naturwissenschaft, Sprachen, Musik oder Kunst. Die vielen ausgebildeten Sozialkunde- und Geschichtslehrer beschweren sich dann in der Presse, dass sie in Thüringen keine Anstellung finden, weil die Landesregierung natürlich nach dem Bedarf der Stundentafel einstellt.

Die Ausbildung eines Lehrers, bis er dem Schulsystem zur Verfügung steht, dauert aber nun einmal mindestens acht Jahre. Ein Dilemma! Durch die rot-rot-grüne Landesregierung wurden seit 2014 mehr Lehrer eingestellt, als in den Ruhestand gegangen sind,

Dass trotzdem immer mehr Unterricht ausfällt, liegt an den vielen kranken Lehrern und daran, dass wir nicht die Lehrer finden mit den richtigen Fachkombinationen. Dass uns diejenigen, die dies zu verantworten haben, heute kritisieren, ist an Verlogenheit kaum zu überbieten. Deswegen ist es richtig, dass der Ministerpräsident eine Kommission unter Leitung des Interims-Bildungsministers Prof. Benjamin Hoff, den ich für seine hervorragende Arbeit im Bildungsministerium ausdrücklich danke, eingesetzt hatte, die wirksame Vorschläge gegen den Unterrichtsausfall und Lehrermangel vorlegte. Die LINKE hat im Wahlkampf versprochen, wir wollen Thüringen „fair ändern“, und das ist auch Inhalt des Abschlussberichts der Kommission „Zukunft Schule“: bessere Bezahlung für Regelschullehrer, Gesundheitsmanagement, Vertretungsreserve und schulscharfes Vertretungsbudget, Mindestgrößen bei Klassen und Schulen, Verbesserungen in der Lehrerbildung.

Die Fraktion DIE LINKE hat mit den Koalitionspartnern in den Landtag einen Antrag „Zukunft im Bildungsbereich gestalten - Nachwuchs für gute Schule sichern“ eingebracht (s. unten), in dem wir unsere Schwerpunkte noch einmal präzisieren. Die Linksfraktion setzt im Doppelhaushalt 2018/19 genau hier den Schwerpunkt, die Ressourcen zur Unterrichtsabsicherung so auskömmlich wie möglich zu gestalten.

Die Unterrichtsgarantie wird Zwischenschritte brauchen. Aber Schüler, Eltern und Lehrer können sich auf DIE LINKE verlassen: wir arbeiten dran! ■

Rot-Rot-Grün legt Maßnahmenpaket vor

Um Personal im Schulbereich langfristig zu sichern und die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen, haben die Koalitionsfraktionen ein Maßnahmenpaket in den Landtag eingebracht.

Es geht u.a. um eine Weiterentwicklung des Personalentwicklungskonzepts Schule von 2013, um eine Werbekampagne für den Schuldienst in Thüringen, um eine verbesserte Studienberatung für Lehramtsstudierende, um die Einführung eines Landesstipendiums für Lehramtsstudierende in Mangelfächern, um verbesserte Karrierechancen von Lehrerinnen und Lehrern durch eine Novellierung des Besoldungsgesetzes, um ein Seiteneinsteigerprogramm, um die Einführung eines Schulbudgets, um den Unterricht besser absichern zu können.

Dazu erklärte MdL Torsten Wolf: „Nachdem die Reformkommission Schule im Auftrag des Ministerpräsidenten wichtige und zukunftsweisende Vorschläge zur Erreichung einer Unterrichtsgarantie unterbreitet hat, legen die Koalitionsfraktionen erste Maßnahmen zur Verbesserung im Lehrerberuf vor. Neben der Erhöhung der Bezahlung von Regelschullehrern und einem Schulbudget geht es vor allem um die Sicherung des zukünftigen Lehrerbedarfes u.a. durch gezielte Werbemaßnahmen im Bereich Regelschullehramt und berufsbildende Lehrämter, um mehr Autonomie für die einzelnen Schulen und Entbürokratisierung im Schulalltag. Damit können wichtige Schritte für Gute Schule und eine Unterrichtsabsicherung gegangen werden, die in den anstehenden Haushaltsverhandlungen noch finanziell abgesichert werden müssen.“ ■

Beitragsfreies letztes Jahr im Kindergarten

In der Anhörung zum neuen Thüringer Kindertagesstättengesetz (KitaG) am 23. August im Landtag haben Anzuhörende ihre Expertise zum Gesetzesvorschlag der Landesregierung zur Verfügung gestellt. Dafür hat die Linksfraktion den Anzuhörenden ihren Dank gesagt. Kernstück des neuen Gesetzes ist die Beitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr.

Die LINKE geht zusammen mit den Koalitionspartnern SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den ersten Schritt in Richtung einer kompletten Beitragsfreiheit für die frühkindlichen Bildungseinrichtungen. „Ein guter Tag für die Familien in Thüringen!“, resümierte der Bildungspolitiker Torsten Wolf. „Zusätzlich sichern wir ab, dass die Kommunen und freien Träger die Kosten durch die steigenden Kinderzahlen bewältigen und die Eltern sich darauf verlassen können, dass alle Kinder zwischen 1 und 6 gemäß Rechtsanspruch einen Kita-Platz in Thüringen erhalten. Allein hierfür müssen zwischen 20 und 25 Millionen Euro mehr in den Haushalt eingestellt werden, da wir zwischen 2015 und 2018 mit etwa 5.000 Kindern zusätzlich rechnen. Dies wurde in der Anhörung durch den Gemeinde- und Städtebund unterstützt.

Die LINKE schließt sich der in der Anhörung geäußerten Einschätzung des Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes an, dass wir in Thüringen über eine sehr gute Qualität in der Kindertagesbetreuung verfügen. Die Anzuhörenden und die politischen Parteien sind sich bewusst, dass die weiter anhaltende Zunahme der Kinderzahl in den Thüringer Kindereinrichtungen erhebliche Anstrengungen kosten wird, um dafür die räumlichen und personellen Voraussetzungen zu schaffen. Zusätzlich dazu sollen und müssen bestehende Möglichkeiten für die Stabilisierung und den Ausbau der Qualität genutzt werden. DIE LINKE spricht sich dafür aus, den von Seiten der Träger in der Anhörung vorgeschlagenen Stufenplan eines planmäßigen Qualitätsausbaus weiter zu diskutieren und hierzu bereits erste Schritte im Gesetz zu fixieren - im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten.“

Änderungsbedarf sieht DIE LINKE bei der Vergütung der Kindertagespflegepersonen, um den Beschäftigten dauerhaft einen angemessenen Beschäftigungsumfang zu gewähren sowie eine von den Gewerkschaften vorgeschlagene grundgesetzkonforme Tarifklausel umzusetzen.

Die Koalitionsfraktionen werden in den nächsten Wochen intensiv beraten, welche Schritte unter Wahrung des Fachkräftegebots, wie von der Liga vorgeschlagen, bis 2022 gegangen werden können, um den Leitungsschlüssel, den Personalschlüssel und die Qualität in der Fachberatung weiter zu verbessern. ■

Für Bühne und Streetwork

Dass in diesem Jahr ein Rekorderlös beim Fraktionscafè zum Landtag der offenen Tür erzielt werden konnte, ist auch deshalb sehr erfreulich, weil die immerhin 500 Euro der sehr engagierten Freien Bühne Jena e.V. zugute kommen. Susanne Hennig-Wellsow, die Fraktionsvorsitzende, und der Jenaer Landtagsabgeordnete Torsten Wolf übergaben die Spende an Tillmann Lützner.

Die Theaterenthusiasten hatten im Frühjahr an den Verein der Abgeordneten der Linksfraktion einen Antrag auf Förderung ihres Projekts KURZ.Theaterspektakel gestellt. Bereits seit dem Jahr 2008 veranstaltet die Freie Bühne dieses bemerkenswerte Theaterfestival. In diesem Jahr hatten sie an vier Sommertagen den seit zehn Jahren stillgelegten SCHOTT-Platz im Jenaer Forst in eine schrille Theaterwelt verwandelt. 16 freie Theatergruppen und Künstler aus ganz Deutschland waren der Einladung gefolgt, am Waldesrand und auf der Wiese, im Zirkuszelt und unter der Orchestermuschel Stücke von maximal 25 Minuten Länge zu präsentieren. Selbstverständlich erforderte die Vorbereitung und Durchführung des Festivals einen hohen logistischen Aufwand, jede Menge ehrenamtliches Engagement und viel Geld. Da ist es gut, dass die Linksfraktion ein wenig zutun konnte.

Die Landtagsabgeordnete Kati Engel hatte kürzlich gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Sigrid Hupach einen Scheck des Alternative 54 e.V Judith Vockrodt-Reich vom Jugendprojekt Boje in Mühlhausen übergeben. Die BOJE steht unter Federführung des Evangelischen Kirchenkreises. Das Kinder- und Jugendzentrum besteht aus verschiedenen Bereichen, die z.T. ineinandergreifen oder gezielt durch Netzwerkarbeit miteinander verbunden werden, wie der offene Bereich „Kaffeebohne“, Projektarbeit, Streetwork, aber auch Beratung bei Problemlagen.

Der offene Bereich bietet Kindern und Jugendlichen im Einzugsbereich des „Bahnhofsviertels“, der in Mühlhausen als Brennpunktviertel gilt, eine Anlaufstelle. Im Vordergrund stehen dabei sowohl Partizipation, Stärkung und Integration als auch Gewaltprävention und der Aufbau einer tragfähigen, vertrauensvollen Beziehung zu den Kindern und Jugendlichen. Highlights sind die Kinderferientage (Kifeta) in den Sommer-, Herbst- und Winterferien, die auch Kindern aus sozial benachteiligten Familien echte Ferienerlebnisse bieten. So veranstaltete die Boje in den Sommerferien eine Radtour mit 30 Kindern und Jugendlichen rund um den Balaton, zu deren Finanzierung auch das Geld der Alternative 54 e. V. eingesetzt wurde. ■

Zum OTZ-Artikel „Falsche Schecks für falsches Spiel“

Anlässlich des OTZ-Artikels „Falsche Schecks für falsches Spiel“ (v. 31.8.) wies der Landtagsabgeordnete Ralf Kalich darauf hin, dass eine Vielzahl von Projekten und Einrichtungen durch Spendenmittel der Alternative 54 e.V. unterstützt werden.

Die Alternative 54 e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, in dem die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE konsequent ihre Diätenerhöhungen einzahlen. „Über viele Jahre bin ich dort Kassenrevisor und engagiere mich für die Unterstützung von sozialen Projekten“, hatte Ralf Kalich erklärt und darauf hingewiesen, dass insgesamt ca. 1,2 Millionen Euro seit der Gründung des Vereins im Jahr 1995 an geneinnützige Projekte übergeben wurden.

Allein im Saale-Orla-Kreis (SOK), wo der LINKE Landtagsabgeordnete auchsein Wahlkreisbüro hat, wurden im seit dem Jahr 2014 bis heute 18 Projekte mit einer Gesamtsumme von 6.350 Euro unterstützt. Darunter befanden sich z.B. der Tierschutzverein „Oberland“ e.V. aus Schleiz, die Frauenselbsthilfegruppe nach Krebs e.V. aus Neustadt/Orla, verschiedene Schulfördervereine und Chorgemeinschaften, um nur einige zu nennen.

Ergänzt sei, dass die Mitglieder der Kreistagsfraktion der LINKEN für den gemeinnützigen Verein für Sozialarbeit e.V. spenden. „Die Spendenmittel aus

OSTTHÜRINGER Zeitung

Falsche Schecks für falsches Spiel bei Lottogeldern

Politiker schmücken sich gerne mit fremden Federn, wenn beispielsweise Lottogelder verteilt werden

31.August 2017/20:44 Uhr

der Alternative 54 werden auf Antrag an Vereine und Projekte ausgereicht“, sagte Ralf Kailch, dem die Unterstützung von Einrichtungen und Verbänden „in ihrer sehr wichtigen Arbeit eine Herzensangelegenheit ist“.

Bezug nehmend auf den OTZ-Artikel betonte er: „Auch die Unterstützung bei der Beschaffung von Mitteln aus der Thüringer Staatslotterie war für mich immer eine Selbstverständlichkeit, aber ich habe mich in all den Jahren stets an die Vorgaben der jeweiligen Landesregierung gehalten und dies nicht zur eigenen Profilierung genutzt. Diese politische Fairness erwarte ich auch von Stefan Gruhner (CDU-Landtagsabgeordneter).“

Die Ostthüringer Zeitung (OTZ) hatte berichtet, dass der CDU-Abgeordnete Stefan Gruhner sich mit fremden Federn geschmückt und einen symbolischen, selbstgedruckten Spendenscheck aus Lottomitteln für die Sanierung der Kirche in Steltzen übergeben hatte.

Solche symbolischen Scheckübergaben von Überschüssen aus der Staatslotterie sind eigentlich Mitgliedern der Landesregierung oder beauftragten Vertretern der staatlichen Verwaltung vorbehalten.

■

Nebenbei NOTIERT

von **Annette Rudolph**

In Lauerstellung

Über die Ausfälle der AfD-Abgeordneten im Plenarsaal - besonders abstoßend „Volksanwalt“ und Thüringer Bundestagsspitzenkandidat Stephan Brandner - wollen wir an dieser Stelle schweigen. Sie haben längst jedes Maß des Erträglichen überschritten. Betrachten wir, was der CDU-Fraktionsvorsitzende in der Haushaltsdebatte vom Stapel ließ. Klar, dieser Tage kann kaum etwas losgelöst vom Wahlkampf betrachtet werden. Leider. Aber an dieser Stelle ging es ja nun eindeutig um die Landesfinanzen und wie sie nach dem Vorschlag der Landesregierung in den nächsten zwei Jahren eingesetzt werden sollen.

Dabei machte sich Mike Mohring nicht die Mühe, darauf näher einzugehen. Schon gar nicht gab es vom Oppositionsführer irgendwelche Vorschläge, wie es denn die CDU besser machen würde. Vielmehr befindet sich Thüringen unter Rot-Rot-Grün offenbar am Abgrund. „Ein Desaster“ sei es, was hier abgeliefert werde. „Ein Skandal“, dass die Rücklagen des Landes aufgebraucht würden. „Unverantwortlich“, wie die Personalausgabenquote steige.

Mohring habe sich darin gefallen, mit allerlei Halb- und Unwahrheiten Stimmung zu machen, gab Susanne Hennig Wellsow zu verstehen. Dabei habe er nicht ein Wort dazu verloren, dass die Thüringer Schuldenlast in Höhe von unvorstellbaren 60 Milliarden Euro unter Regenschaft der CDU aufgebaut wurde.

„Mit Krawallpolitik kann man die Zukunft des Landes nicht herstellen“, hatte Bodo Ramelow in der Debatte gesagt und Mike Mohring als i.L. - in Lauerstellung - bezeichnet. Also da, wo sich der „Spieler der Politik“, wie ihn die Wochenzeitung Die Zeit im Dezember 2014 treffend analysierte, schon lange befindet.

Möge er da bleiben. Da hat er wenigstens einen gewissen Unterhaltungswert. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTs keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.